



<https://biz.li/2kcl>

AMBULANTE PFLEGE WEITER STÄRKEN: REGION HANNOVER LEGT DRITTEN PFLEGEBERICHT VOR

Veröffentlicht am 31.05.2017 um 18:42 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Obwohl die Anzahl der Menschen mit Pflegebedarf kontinuierlich steigt, liegt die Auslastungsquote bei den stationären Pflegeheimplätzen regionsweit bei nur rund 86 Prozent. Zugleich wächst aber der Bedarf an ambulanten Pflegeangeboten in der Region, die Seniorinnen und Senioren bedarfsgerecht in ihrem häuslichen Umfeld versorgen und begleiten. Das geht aus dem dritten Pflegebericht der Region Hannover vor, den Erwin Jordan, Dezernent für Soziale Infrastruktur der Region Hannover, am heutigen Mittwoch, 31. Mai 2017, vorgestellt hat. "Die Ergebnisse des dritten Pflegeberichts zeigen, dass es ein grundlegendes Umdenken in der Pflegerischen Infrastruktur geben muss. Die andauernden Überkapazitäten und die daraus resultierende zunehmende Unterauslastung der Heime belastet die Einrichtungen sehr - wirtschaftlich steigt der Druck, was sich auf die Arbeitssituation des Personals negativ niederschlägt", so Regionsrat Erwin Jordan. "Die niedrige Auslastungsquote ist ein Indiz dafür, dass am tatsächlichen Bedarf vorbei gehandelt und investiert wird." Darüber hinaus kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass rund 40 Prozent der Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner nur geringfügig pflegebedürftig sind – ehemals Pflegestufe 1 - und "viele von ihnen eigentlich ambulant betreut werden könnten, wenn es mehr unterstützende Angebote im nächsten Wohnumfeld der Betroffenen geben würde", stellte Jordan heraus. Zwar helfe das neue Zweite Pflegestärkungsgesetz beim zunehmenden Ausbau ambulanter Tagespflegeangebote, jedoch "fehlt es an Komplementärangeboten für die Hilfe im Alltag wie die Haushaltshilfe oder Fahr- und Begleitdienste in ländlicheren Gebieten der Region", unterstrich Jordan. "Ambulant vor stationär" - Menschen im Alter dabei unterstützen, so lange wie möglich selbstbestimmt und unabhängig im eigenen Zuhause leben: Das ist das vorrangigste Ziel in der Hilfe zur Pflege der Region Hannover. Dafür baut die Region kontinuierlich ihr Beratungs- und Unterstützungsangebot für pflegebedürftige Einwohnerinnen und Einwohner und deren Angehörige aus. Dazu gehören die drei Senioren- und Pflegestützpunkte der Region, die mittlerweile aufgrund der steigenden Nachfrage regionsweit niedrigschwellige Sprechstunden in allen Kommunen anbieten. Außerdem organisieren die Senioren- und Pflegestützpunkte gemeinsam mit Kooperationspartnern Schulungen, um interessierte Menschen zu ehrenamtlichen Seniorenbegleiterinnen oder Seniorenbegleitern auszubilden. Um Barrierefreiheit und Sicherheit in den eigenen vier Wänden geht es in der Wohnberatung der Region, die ebenfalls kostenfreie Sprechstunden und Beratungen in den Städten und Gemeinden zu von der Region geförderten Umbaumaßnahmen anbietet. Mit dem nun vorgelegten Pflegebericht hat die Region Hannover nach 2004 und 2008 zum dritten Mal die Entwicklung des Pflegebedarfs in der Region untersucht. Der Bericht erfasst den aktuellen Stand sowie die voraussichtliche Entwicklung der pflegerischen Versorgung in der Region Hannover und liefert vor dem Hintergrund des demografischen Wandels Hinweise auf Missverhältnisse zwischen stationären und ambulanten Pflegeangeboten. Er zeigt außerdem, dass mit dem Anstieg der über 75-jährigen Seniorinnen und Senioren auch insgesamt die Pflegebedürftigkeit steigt – bis 2030 könnte die Zahl der pflegebedürftigen Frauen und Männer um rund 13 Prozent auf



Berichtsautor Jörg Gapski (von links) aus der Sozialplanung der Region Hannover, Tanja Krug, stellvertretende Teamleitung Hilfe zur Pflege, und Erwin Jordan, Dezernent für Soziale Infrastruktur der Region Hannover, bei der Vorstellung der zentralen Ergebnisse des dritten Pflegeberichts.

47.000 Menschen in der Region anwachsen. "An sich ist das eine Entwicklung, die gestaltbar ist", so Jordan. "Um angemessen zu reagieren, brauchen wir auf der kommunalen Ebene dringend mehr Planungskompetenz, damit Versorgungsangebote auch da entstehen, wo die Menschen sie brauchen. Eine echte Wahlfreiheit zwischen ambulanter und stationärer Versorgung besteht noch nicht. Und vom gesetzlichen Vorrang 'ambulant vor stationär' sind wir noch weit entfernt." Im Internet steht der Bericht auf www.hannover.de zum Download zur Verfügung.